

56. Sitzung des Gemeinderates
- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 11.10.2018

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörike Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Philipp Schwarz Gerda Settele Franz Solfrank Simone Spratter Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Betina Mäusel Jutta Schödl	

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Sitzung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Frau Spratter recht herzlich nachträglich zu ihrer Hochzeit.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Frau Schödl und Frau Mäusel.

Der Vorsitzende informiert anschließend, dass der Gemeinderat die Zurückstellung der Tagesordnungspunkte 4 und 10 der öffentlichen Sitzung beschlossen hat.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

780 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 23:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 13.09.2018, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

781 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

782 23 **Personalangelegenheiten; Weitergewährung einer Arbeitsmarktzulage für die Beschäftigten der Gemeinde Unterföhring**

Der Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates Nr. 325 vom 21.01.2016 und G475 vom 13.10.2016 wonach die Gewährung einer Arbeitsmarktzulage in Höhe von 200,00 € monatlich an die Beschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte) beschlossen wurde. Die Gewährung wurde im

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Januar 2016 zunächst befristet für das Jahr 2016 und dann, nach Vorlage eines Erfahrungsberichts, nochmals befristet für weitere zwei Jahre bis einschließlich 2018 beschlossen. Zur Beschlussfassung einer möglichen Weitergewährung ist ein erneuter Erfahrungsbericht vorzulegen.

Erfahrungsbericht:

Die Arbeitsmarktzulage wird aktuell (Stand: 30.09.2018) an insgesamt 117 Beschäftigte ausbezahlt, davon 38 Beschäftigte anteilig entsprechend ihrer Teilzeitbeschäftigung.

Damit erhalten alle Tarifbeschäftigten, die derzeit im Dienst (nicht dauerhaft krank, in Elternzeit oder Altersteilzeit) sowie nicht geringfügig beschäftigt sind, die Arbeitsmarktzulage ausbezahlt.

Verbeamtete Beschäftigte fallen aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht unter den Empfängerkreis.

Auch eine andere Form der Gewährung, wie die Leistungsprämie, ist faktisch nicht möglich. Die Gewährung von Leistungsprämien ist gemäß Art. 68 Abs. 1 BayBesG begrenzt auf maximal 1% der Grundgehaltssumme pro Kalenderjahr. Dieser Betrag in Höhe von derzeit ca. 2.400,00 € für alle Beamten/Beamtinnen der Gemeinde wird bereits durch die Gewährung der leistungsorientierten Bezahlung komplett ausgeschöpft.

In 2018 wurden bisher rund 170.000,00 € (Stand 31.08.2018) an Arbeitsmarktzulagen ausbezahlt, bis zum Jahresende würde sich beim jetzigen Personalstamm ein Betrag von rund 254.000,00 € ergeben. In den Jahren 2016 und 2017 wurden Arbeitsmarktzulagen in Höhe von rund 236.000,00 € (2016) und 252.000,00 € (2017) ausbezahlt.

Bei den zum Zeitpunkt der Einführung der Arbeitsmarktzulage bereits beschäftigten Mitarbeiter/innen wurde die Arbeitsmarktzulage im Einzelfall auf Antrag (Erhalt des qualifizierten Personals), bei den Neueinstellungen automatisch geprüft und im Einzelfall gewährt (Gewinn des qualifizierten Personals).

Das Gewährungsverfahren entspricht damit den formalen Empfehlungen des Kommunalen Arbeitgeberverbands e.V., die besagen, dass in jedem Fall eine Einzelfallprüfung stattzufinden hat, ob die Voraussetzungen für eine Gewährung der Arbeitsmarktzulage vorliegen. Zudem wird das Ergebnis hieraus mit einer Begründung schriftlich festgehalten.

Die Auswirkungen der allgemeinen Arbeitsmarktzulage bei der Gewinnung bzw. dem Erhalt von qualifiziertem Personal sind grundsätzlich positiv. Das bestehende Personal nimmt diese Zusatzleistung positiv an, bei der Gewinnung von neuem Personal ist es für die Bewerber/innen ein nicht unwichtiger Lohnbestandteil, der ebenfalls positiv gesehen wird.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die bisher bis 2018 befristete allgemeine Arbeitsmarktzulage auch für die Jahre 2019 und 2020 fort zu gewähren und

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

dann erneut die Gewährung dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments zu prüfen.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Erfahrungsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt einer Fortgewährung der allgemeinen Arbeitsmarktzulage in der bisherigen Form zu.

Des weiteren ist eine betragsmäßige Erhöhung durch die Verwaltung zu prüfen und dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zur Entscheidung vorzulegen.

Die Arbeitsmarktzulage ist bei Vorliegen der Voraussetzungen auch in den Jahren 2019 und 2020 zu gewähren.

Die entsprechenden Haushaltsmittel i.H.v. rund 300.000,00 € pro Haushaltsjahr werden entsprechend zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2020 ist zur Entscheidung über eine etwaige Weitergewährung der allgemeinen Arbeitsmarktzulage ein erneuter Erfahrungsbericht vorzulegen.

AZ 033
Personalamt

783 23 **Bürgerhausvorplatz; Vorstellung und Festlegung der Entwurfsplanung zur Freiflächengestaltung**

Dieser Tageordnungspunkt wurde zurückgestellt und daher nicht aufgerufen und nicht behandelt.

AZ 631
Bauamt

784 23 **Antrag der CSU Fraktion zur Sicherheit des Fahrradverkehrs auf der Münchner Straße in Unterföhring-Süd**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag des Ortsverbandes der CSU-Fraktion Unterföhring zur Sicherheit des Fahrradverkehrs auf der Münchner Straße in Unterföhring Süd vom 05.09.2018, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 13.09.2018, bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeindeverwaltung möge an das Staatliche Bauamt Freising, das Landratsamt München, die Polizei, Deutsche Bahn und eventuell weitere Beteiligte herantreten, um gemeinsam Lösungsmöglichkeiten und bauliche

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Maßnahmen zu ermitteln und zu prüfen, die den Fahrrad-, Fußgänger- und Pkw-Verkehr an der Kreuzung Münchner Straße mit der Ringstraße und dem von der Leinthalbrücke/Föhringer Ring kommenden Verkehr nachhaltig entzerren sollen. Sollte im Zuge des vierspurigen Ausbaus des Föhringer Rings ein Umbau der Anschlussstellen direkt an der Münchner Straße vorgesehen sein, ist eine dementsprechende Verkehrsführung für Radfahrer und Fußgänger an dieser Stelle in die Planung mit aufzunehmen.

Begründung:

Die Moosstraße, der Tunnelweg und die neue Brücke über den Isarkanal an der Bauhofstraße sind eine attraktive Nord-Süd-Route für Fahrradfahrer, um die dicht befahrene Münchner Straße in Unterföhring zu vermeiden. Schwachpunkt ist dabei die Querung der Münchner Straße für alle die Fahrradfahrer, die über die Leinthalbrücke von Westen her auf die Münchner Straße treffen.

Schwachpunkt 1: Sowohl an der Ost- als an der Westseite ist die Aufstellfläche für wartende Fahrradfahrer und Fußgänger viel zu klein. Dies hat zur Folge, dass sich die Verkehrsteilnehmer direkt am Straßenrand auf engstem Raum drängen. Zwar findet der Haupt-Fahrrad-Verkehr am Vormittag hauptsächlich Richtung Osten und am Nachmittag Richtung Westen statt, trotzdem ist diese Situation beim Aufeinandertreffen der Verkehrsströme in beiden Richtungen und zusätzlich im Nord/Süd-Verkehr ein tatsächlicher Konfliktherd.

Schwachpunkt 2: Ein gefährliches Nadelöhr bildet der Fußgänger- und Fahrradstreifen auf der Ostseite der Münchner Straße über die Eisenbahnbrücke. Auch hier treffen auf engstem Raum (hier in Nord-Süd-Richtung) beide Verkehrsströme aufeinander. In der Regel benutzen Fahrradfahrer deshalb beim Befahren der Brücke mindestens einen, in Spitzenzeiten beide PKW-Fahrbahnen in Richtung Norden, nachdem sie von der Leinthalbrücke her die Münchner Straße gequert haben. Erst nach der Brücke biegen sie nach rechts in die Moosstraße ab. Gleichzeitig haben jedoch die PKW, die auf zwei Fahrbahnen vom Föhringer Ring (Ost) her kommen, ebenfalls eine Grünphase. Dadurch entstehen regelmäßig gefährliche Situationen durch von hinten drängende PKW. Zusätzlich staut sich dadurch in Spitzenzeiten der PKW-Verkehr zurück zur Leinthalbrücke und zum Föhringer Ring.

Schwachpunkt 3: Für Fußgänger und Radfahrer besteht lediglich eine Bedarfsschaltung, die oft übersehen wird und dann zu Missverständnissen zwischen den abbiegenden PKW, Fußgängern und Radfahrern führt. „

Beschluss: 23 : 0

Die Gemeindeverwaltung tritt an das Staatliche Bauamt Freising, das Landratsamt München, die Polizei, Deutsche Bahn und eventuell weitere Beteiligte heran, um gemeinsam Lösungsmöglichkeiten und bauliche Maßnahmen zu ermitteln und zu prüfen, die den Fahrrad-, Fußgänger- und Pkw-Verkehr an der Kreuzung Münchner Straße mit der Ringstraße und dem

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

von der Leinthalbrücke/Föhringer Ring kommenden Verkehr nachhaltig entzerren sollen. Sollte im Zuge des vierspurigen Ausbaus des Föhringer Rings ein Umbau der Anschlussstellen direkt an der Münchner Straße vorgesehen sein, ist eine dementsprechende Verkehrsführung für Radfahrer und Fußgänger an dieser Stelle in die Planung mit aufzunehmen.

AZ 1406
Bauamt

785

23

Realisierung des Ideenteils an der Schulstraße (Hort und MiB): Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister bringt den letzten Gemeinderatsbeschluss vom 13.09.2018, Nr. 772, in Erinnerung.

In dieser Sitzung hat der Gemeinderat Folgendes beschlossen:

„Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Preisgerichtes vom 25.07.2018 an, und bestimmt den Erstplatzierten ARGE ama architekturbüro michael auerbacher, Burghausen und lohrer.hochrein landschaftsarchitekten und stadtplaner, München, des Wettbewerbs „Realisierung zur Sanierung und Erweiterung von Hort und Mittagsbetreuung an der Schulstraße“ zum Gewinner des Architekturwettbewerbs.“

Weiter hat der Gemeinderat in dieser Sitzung den Verwaltungsvorschlag:

„Der Gemeinderat beschließt den Erstplatzierten ARGE ama architekturbüro michael auerbacher, Burghausen und lohrer.hochrein landschaftsarchitekten und stadtplaner, München, des Wettbewerbs „Realisierung zur Sanierung und Erweiterung von Hort und Mittagsbetreuung an der Schulstraße“ die Planung und Realisierung stufenweise zu beauftragen. Mit der Entwurfsplanung gemäß der Leistungsphase 2 HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) ist eine Kostenschätzung nach DIN 276 zu erstellen und dem Gemeinderat zur weiteren Entscheidung vorzulegen“

Die Verwaltung wird zur Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen (Ausschreibung für die weiteren Fachplanungen-HLS, Elektrotechnik, Statik etc.-) ermächtigt.

Die Auftragsvergaben haben nach der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2014 – 2020 zu erfolgen.

Die entsprechenden Kosten sind zu 1/3 auf HHSt. 21110.9490 (Mittagsbetreuung GS Schulstraße – Baunebenkosten Hochbau) und zu 2/3 auf HHSt. 46430.9490 (Kinderhort Schulstraße – Baunebenkosten Hochbau) zu verbuchen.“

mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 8.12.2016 Nr. 494, zu Kenntnis in dem Folgendes beschlossen wurde:

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

„Der Gemeinderat nimmt die Empfehlungen der Verwaltung, des Architekturbüros Urbanes Wohnen, München und des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, dass die Gebäude für die Nachmittagsbetreuung (Module und das sog. Engelhardtthaus) auf dem bisherigen Grundstück an der Schulstraße abgerissen werden. Das Stammhaus (Hort) bleibt bestehen und ist als Teil der Neuplanungen zu berücksichtigen.“

Um die erforderlichen Betreuungsplätze für Hort und Mittagsbetreuung zu realisieren ist eine Entscheidung des Gemeinderates zur weiteren Vorgehensweise zu treffen.

Der Vorsitzende bringt anschließend den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 08.10.2018 zur Kenntnis. Dieser lautet:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

In die neue Hortplanung bzw. den neuen Wettbewerb, der den Abriss des Bestandsgebäudes Hort vorsieht, wird eine Tiefgarage in der erforderlichen Größe für alle in der Schule und im Hort tätigen Lehr- und Betreuungskräfte vorgesehen. Die Zu- und Ausfahrt der Tiefgarage soll mit einer möglichst geringen Beeinträchtigung für die Bewohner der Schulstraße erfolgen.

Auch sind verkehrliche Überlegungen, um die anfahrenden Eltern besser zu koordinieren (vgl. Kiss & Goodbye-Zone im Schulcampus), im Wettbewerb zu berücksichtigen.

Begründung:

Mit dem Wegfall des Rathauses am bisherigen Standort werden die dortige Tiefgarage sowie die oberirdischen Stellplätze entfallen, die derzeit für Lehr- und Betreuungskräfte zur Verfügung stehen. Bereits jetzt ist die Bahnhofstraße bis Ecke Schulstraße und St.-Florian-Straße nur für das Parken der Lehrkräfte gestattet, um ein ausreichendes Parkangebot zu schaffen. Die Anwohner von Schul-, Garten- und Tulpenstraße berichten davon, dass Parkplätze in ihren Straßen durch Schulpersonal genutzt werden. Um die Parksituation in Bahnhofstraße und den umliegenden Straßen zu verbessern und auch die Wege der Lehr- und Betreuungskräfte in die jeweiligen Schulgebäude zu optimieren, sind wir der Auffassung, dass es eine Tiefgarage unter dem neu zu planenden Hortbereich geben muss. Der Ausgang aus der Tiefgarage soll so zentral im Schulgelände erfolgen, dass Lehr- und Betreuungskräfte sich schnell in die jeweiligen Gebäude begeben können. Dies spart Zeit und Stress.“

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung dieses Ergänzungsantrags abstimmen:

Beschluss: 23:0

Damit ist der Ergänzungsantrag zur Beratung zugelassen.

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach ausführlicher Diskussion im Gremium stimmt der Antragsteller des Ergänzungsantrags zu, dass folgende Formulierung zur Abstimmung kommen soll:

„In die neue Hortplanung bzw. den neuen Wettbewerb, der den Abriss des Bestandsgebäudes Hort vorsieht, wird eine größtmögliche Tiefgarage vorgesehen. Die Zu- und Ausfahrt der Tiefgarage soll mit einer möglichst geringen Beeinträchtigung für die Bewohner der Schulstraße erfolgen.

Auch sind verkehrliche Überlegungen, um die anfahrenden Eltern besser zu koordinieren (vgl. Kiss & Goodbye-Zone im Schulcampus), im Wettbewerb zu berücksichtigen.“

Beschluss: 20 : 3

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass ein weiterer Wettbewerb, der den Abriss des Bestandsgebäudes Hort vorsieht, vorbereitet wird. Diesbezüglich wird der Gemeinderatsbeschluss vom 8.12.2016, Nr. 494, aufgehoben.

In die neue Hortplanung bzw. den neuen Wettbewerb, der den Abriss des Bestandsgebäudes Hort vorsieht, wird eine größtmögliche Tiefgarage vorgesehen. Die Zu- und Ausfahrt der Tiefgarage soll mit einer möglichst geringen Beeinträchtigung für die Bewohner der Schulstraße erfolgen.

Auch sind verkehrliche Überlegungen, um die anfahrenden Eltern besser zu koordinieren (vgl. Kiss & Goodbye-Zone im Schulcampus), im Wettbewerb zu berücksichtigen.

Mit der Vorbereitung des Wettbewerbs (inkl. Kostenschätzung) ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München zu beauftragen. Die entsprechenden Kosten sind zu 1/3 auf HHSt. 21110.9490 (Mittagsbetreuung GS Schulstraße– Baunebenkosten Hochbau) und zu 2/3 auf HHSt. 46430.9490 (Kinderhort Schulstraße – Baunebenkosten Hochbau) in den Haushalt aufzunehmen und zu verbuchen

AZ 621
Bauamt

786 23

Neubau Bauhof Unterföhring; Vorstellung des Raumprogramms und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 16.4.2015, Nr. 192 in Erinnerung in welchem dem Antrag der PWU-Fraktion vom 02.04.2015 zur Realisierung des neuen Bauhofes auf noch zu bestimmenden Teilflächen der Flurnummern 881 und 877/2 an der Birkenhofstraße zugestimmt wurde.

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Weiter bringt der Vorsitzende die Bekanntgabe vom 17.5.2018, Nr. 734, im Gemeinderat in Erinnerung, dass zur Realisierung „Neubau Bauhof“ das Projektsteuerungsbüro pm5 Projektmanagement, München, für die Betreuung eines VgV-Verfahrens (Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge) mit Mehrfachbeauftragung beauftragt wurde.

Derzeit laufen die Grundlagenermittlungen und Vorbereitungsarbeiten für das Ausschreibungsverfahren mit folgenden Themen:

- Auslobungstext, Eignungs- und Zuschlagskriterien
- Bewerbungsbogen mit Beurteilungskriterien und Festlegung der Anzahl der Bewerber sowie Benennung der Mitglieder des Preisgerichts
- Erste Grobkostenschätzung (Grundlage ist das vom Gemeinderat beschlossene Raumprogramm)
- Terminübersicht.

Zwischenzeitlich fanden mehrere Abstimmungsgespräche mit dem Bauhofleiter und dem Leiter des technischen Tiefbauamts unter Einbindung der Bauhofmitarbeiter statt. Aufgrund dieser Abstimmungsgespräche wurde ein Raumbedarf/Flächenbedarf für den neuen Bauhof ermittelt und in einer Übersichtstabelle Stand 28.09.2018 dargestellt, sowie ein Funktionsdiagramm mit Stand 11.9.2018 erarbeitet und dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass für den neuen Bauhof an der Birkenhofstraße (nördlich des Wertstoffhofes und südlich der geplanten „Solaren Trocknung“) rund 12.120 m² Nutzfläche ermittelt wurden. Dabei sind die Flächen innerhalb des Bauhofes sowie die angrenzenden Flächen (Lagerplatzflächen und Parkplätze für Mitarbeiter) ermittelt worden.

Die Planungskosten sind für das Haushaltsjahr 2018 unter der HHST. 77110.9490 mit 150.000 € eingestellt.

Beschluss: 20 : 3

Der Gemeinderat nimmt den Raumbedarf bzw. den Nutzflächenbedarf Stand 28.09.2018, sowie das Funktionsdiagramm mit Stand 11.9.2018 zur Kenntnis. Dieses Raumprogramm und dieses Funktionsprogramm sind zusammen mit dem Auslobungstext etc. für das VgV-Ausschreibungsverfahren dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 611
Bauamt

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

787 23 **Budgetvereinbarungen 2019 für die Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e.V.**

Gemäß Nr. 5.8 der Trägerschaftsverträge werden die Art und der Umfang der zu erbringenden Leistung sowie die Finanzierung jährlich durch eine Budgetvereinbarung geschlossen. Die Vorlage der Haushaltsentwürfe 2019 erfolgte mit Schreiben der Arbeiterwohlfahrt vom 28.08.2018.

Die einzelnen Beträge und Aufwendungen verteilen sich je Einrichtung wie folgt:

Kindergarten St.-Florian-Str.

Ansatz AWO: 1.277.193,78 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld	44.880,00 €
Integrationsförderung	163.423,65 €
Staatl. Förderung	361.299,99 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46410.1710
Ausgabe auf HHSt. 46410.6780 s.u.

569.603,64 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	361.299,99 €	(HHSt 46410.6780)
Elternbeiträge	50.640,00 €	(HHSt 46410.7180)
Defizitausgleich	295.650,15 €	(HHSt 46410.6780)

707.590,14 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46410.7180	51.000,00 €	
46410.1710	361.000,00 €	(Einnahme Durchlaufp. staatl. Förderung)
46410.6780	1.019.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderkrippe Föhringer Allee

Ansatz AWO: 537.092,39 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld	12.276,00 €
Integrationsförderung	51.498,95 €
Staatl. Förderung	134.824,32 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46440.1710

198.599,27 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	134.824,32 €	(HHSt 46440.6780)
Elternbeiträge	72.480,00 €	(HHSt 46440.7180)
Defizitausgleich	131.188,80 €	(HHSt 46440.6780)

338.493,12 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46440.7180	73.000,00 €	
46440.1710	134.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46440.6780:	401.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderhaus Römerweg Ansatz AWO: 1.085.783,22 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld 55.220,00 €
Staatl. Förderung 281.115,35 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46460.1710

336.335,35 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung 281.115,35 € (HHSt 46460.6780)
Elternbeiträge 176.640,00 € (HHSt 46460.7180)
Defizitausgleich 291.692,52 € (HHSt 46460.6780)

749.447,87 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46460.7180: 177.000,00 €
46460.1710 281.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl.
Förderung)
46460.6780: 854.000,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl.
Förderung)

Kinderhaus Straßäckerallee 11 Ansatz AWO: 2.263.387,84 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 185.020,00 €
Staatl. Förderung: 608.402,39 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46450.1710

793.422,39 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung 608.402,39 € (HHSt 46450.6780)
Elternbeiträge 337.200,00 € (HHSt 46450.7180)
Defizitausgleich 524.813,06 € (HHSt 46450.6780)

1.470.415,45 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46450.7180: 338.000,00 €
46450.1710 608.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl.
Förderung)
46450.6780: 1.742.000,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl.
Förderung)

Kinderhaus Straßäckerallee 13 Ansatz AWO: 1.520.362,14 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 76.978,00 €
Staatl. Förderung: 437.587,71 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46470.1710

514.565,71 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung 437.587,71 € (HHSt 46470.6780)
Elternbeiträge 302.940,00 € (HHSt 46470.7180)
Defizitausgleich 265.268,72 € (HHSt 46470.6780)

1.005.796,43 €

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46470.7180:	303.000,00 €	
46470.1710	437.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46470.6780:	1.141.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderhort Münchner Str.

Ansatz AWO: 1.132.833,68 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	120.120,00 €
Staatl. Förderung:	277.588,55 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46480.1710

397.708,55 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	277.588,55 €	(HHSt 46480.6780)
Elternbeiträge	101.820,00 €	(HHSt 46480.7180)
Defizitausgleich	355.716,58 €	(HHSt 46480.6780)

735.125,13 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46480.7180:	102.000,00 €	
46480.1710	277.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46480.6780:	911.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kindergarten Blumenstr.

Ansatz AWO: 1.194.959,59 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	90.640,00 €
Staatl. Förderung:	279.998,53 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46400.1710

370.638,53 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	279.998,53 €	(HHSt 46400.6780)
Elternbeiträge	86.100,00 €	(HHSt 46400.7180)
Defizitausgleich	458.222,53 €	(HHSt 46400.6780)

824.321,06 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46400.7180:	87.000,00 €	
46400.1710	279.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46400.6780:	1.019.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Mittagsbetreuung

Ansatz AWO: 623.136,87 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	98.550,00 €
Integrationsförderung:	0,00 €
Staatl. Förderung:	0,00 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten

98.550,00 €

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung/		
Zuschuss päd. Mittagstisch	54.230,00 €	(HHSt 21111.6780)
Elternbeiträge	0,00 €	(HHSt 21111.7180)
Defizitausgleich	470.356,87 €	(HHSt 21111.6780)

524.586,87 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

21111.6780: 426.400,00 €

Kindergarten Schramelweg

Ansatz AWO: 537.318,10 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	37.400,00 €
Staatl. Förderung:	142.247,60 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46420.1710

179.647,60 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	142.247,60 €	(HHSt 46420.6780)
Elternbeiträge	43.080,00 €	(HHSt 46420.7180)
Defizitausgleich	172.342,90 €	(HHSt 46420.6780)

357.670,50 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46420.7180: 44.000,00 €

46420.1710 142.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)

46420.6780: 457.000,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Interimskinderhaus Straßäckerallee 15

Ansatz AWO: 1.164.744,46 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	27.808,00 €
Staatl. Förderung:	342.334,72 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46432.1710

370.142,72 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung	342.334,72 €	(HHSt 46432.6780)
Elternbeiträge	118.320,00 €	(HHSt 46432.7180)
Defizitausgleich	333.947,02 €	(HHSt 46432.6780)

796.601,74 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46432.7180: 119.000,00 €

46432.1710 342.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)

46432.6780: 1.019.000,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Gastkinder und Tagesmütter

Ansatz Gemeinde: 800.000,00 €

Einnahmen Gemeinde-Haushalt

Staatl. Förderung: 200.000,00 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Tagesmütter/externe KiTAs = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46490.1710

200.000,00 €

Ausgaben Gemeinde-Haushalt

Komm. Förderung 200.000,00 € (HHSt 46490.6780)

Elternbeiträge 200.000,00 € (HHSt 46490.7180)

Tagesmütter 90.000,00 € (HHSt 46490.7120)

Defizitausgleich 300.000,00 € (HHSt 46490.6780)

790.000,00 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2019*:

46490.7180: 200.000,00 €

46490.1710 200.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)

46490.6780: 500.000,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

**die „Haushaltsansätze Gemeinde“ sind bei jeder Einrichtung auf volle Tausend auf- (Ausgaben) bzw. abgerundet (Einnahmen).*

Die voraussichtlich zu übernehmenden Gesamtkosten der Gemeinde betragen somit 7.751.700,00 €

Nachrichtlich:

Bei den Zuschüssen (BayKiBiG) für die Kinderhorte in der Schul- und der Münchner Straße sind Rückerstattungen aus den Vorjahren zu erwarten.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat genehmigt das Budget 2019 für die Kindertagesstätten wie von der Arbeiterwohlfahrt beantragt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in folgender Höhe mit der Budgetvereinbarung zu unterzeichnen und in den Haushalt 2019 zu übernehmen:

Einrichtung	Personal- und Sachausgaben .6780 2019 €	Elternbeiträge Ausgabe (Gebührenfreiheit) .7180 2019 €	zu erwartende Zuschüsse (BayKiBiG) Einnahme .1710 2019 €
21111. Mittagsbetreuung	426.400	0	0
46400. Kindergarten Blumenstraße	1.019.000	87.000	279.000
46410. Kindergarten St.-Florian-Str.	1.019.000	51.000	361.000

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

46420. Kindergarten Schramelweg	457.000	44.000	142.000
46432. Kinderhaus Interimslösung Straßäckerallee 15	1.019.000	119.000	342.000
46440. Kinderkrippe Föhringer Allee	401.000	73.000	134.000
46460. Kinderhaus Römerweg	854.000	177.000	331.000
46470. Kinderhaus Straßäckerallee 13	1.141.000	303.000	437.000
46450. Kinderhaus Straßäckerallee 11	1.742.000	338.000	608.000
46480. Kinderhort Münchner Str.	911.000	102.000	397.700
46490. Gastkinder und Tagesmütter	500.000	200.000	200.000
Summe	9.489.400	1.494.000	3.231.700

AZ 423
Finanzen

788 23 Anfrage von Tagesmüttern auf Übernahme Aus- und Fortbildungskosten

Der Vorsitzende bringt die Gemeinderatsbeschlüsse vom 14.03.2013, Nr. 943, sowie vom 18.09.2014, Nr. 77, in Erinnerung.

In 2013 wurde zum Ausbau der Kindertagespflege in Unterföhring beschlossen, dass Tagesmütter, die ihre Aus- und Fortbildung erfolgreich abgeschlossen haben, 50% der entstandenen Kosten als Zuschuss erstattet bekommen.

Ergänzend wurde in 2014 auf Anfrage der Unterföhringer Tagesmütter sowie als weitere unterstützende Maßnahme zum Ausbau der Kindertagespflege ein Zuschuss zu den obligatorischen, jährlichen Fortbildungsmaßnahmen für insgesamt 25 Kursstunden gewährt.

Das Kreisjugendamt hat auf Anfrage mitgeteilt, dass das Anforderungsprofil an Tagesmütter zwischenzeitlich fortgeschrieben wurde. Die Ausbildungsgrundlage stellt eine 160 Unterrichtseinheiten umfassende Grundqualifizierung dar, nach dessen erfolgreichem Abschluss das „Zertifikat (Stufe 1) des Bundesverbandes für Kindertagespflege“ erworben wird. Dieses Zertifikat (Stufe 1) ermöglicht die Tätigkeit als Tagesmutter und Voraussetzung zur Erlangen der erforderlichen Pflegeerlaubnis. Darauf aufbauend kann (muss aber nicht) nach weiteren 140 Unterrichtseinheiten das „Zertifikat (Stufe 2) des Bundesverbandes für Kindertagespflege“ erworben werden. Dieses dient insbesondere dazu, die

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Weiterqualifizierung im sozialen Sektor (Kinderpflege, Erziehungswesen) zu ermöglichen.

Diese neue Regelung trifft auch jene Tagesmütter, die bereits seit vielen Jahrzehnten eine Pflegeerlaubnis besitzen, entsprechend in der Kindertagesbetreuung tätig sind und bisher ohne einen solchen Qualifizierungsnachweis ihren Beruf ausüben konnten. Nunmehr sind auch diese aufgerufen, das Zertifikat (Stufe 1) entsprechend nachzuholen. Der Kostenpunkt beträgt je Tagesmutter ca. 450 € an Kursgebühren (zzgl. z.B. Fahrtkosten etc.).

In Unterföhring ist derzeit eine Tagesmutter bereits im Besitz dieses Zertifikats (Stufe 1), eine weitere künftige Tagesmutter durchläuft derzeit die Ausbildung und schließt diese voraussichtlich Anfang 2019 mit dem Zertifikat (Stufe 1) erfolgreich ab.

Daneben sind aktuell vier Tagesmütter in Unterföhring tätig, die dieses Zertifikat derzeit nicht nachweisen können. Drei davon haben sich hierzu aber bereits angemeldet.

Ende Juli 2018 haben sich die Tagesmütter an die Verwaltung gewandt und die Anfrage hinterlegt, ob die Gemeinde Unterföhring aufgrund der neuen Rahmenbedingungen die Aus- und Fortbildungskosten für das Zertifikat (Stufe 1) komplett übernehmen könne. Dies würde den Tagesmüttern eine wesentliche Hilfe sein und ein wichtiger Beitrag zur Aufrechterhaltung der Kindertagespflege in Unterföhring darstellen.

Die Verwaltung schlägt vor, in Abänderung des Grundsatzbeschlusses vom 14.03.2013, Nr. 943, die Aus- und Fortbildungskosten für das „Zertifikat (Stufe 1) des Bundesverbandes für Kindertagespflege“ in Form eines Zuschusses zu übernehmen, um den im damaligen Beschluss vorgesehenen Ausbau der Kindertagespflege zu unterstützen. Gleichwohl schlägt die Verwaltung vor, die damals bereits aufgestellte Bedingung aufrechtzuerhalten, dass sich die bezuschussten Tagesmütter für einen Zeitraum von fünf Jahren verpflichten Unterföhringer Kinder aufzunehmen.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Anfrage der Tagesmütter zur Kenntnis und folgt dem Vorschlag der Verwaltung.

Mit dem Ziel des weiteren Ausbaus der Kindertagespflege erhalten Unterföhringer Tagesmütter künftig einen Zuschuss in Höhe von 100% der anfallenden Kursgebühren zur Erlangung des „Zertifikats (Stufe 1) des Bundesverbandes für Kindertagespflege“ gewährt.

Der Beschluss vom 14.03.2013, Nr. 943, wird dahingehend für die Zukunft angepasst. Die Zuschussbedingungen des Beschlusses vom 14.03.2013, Nr. 943, werden aufrechterhalten.

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Unterföhringer Tagesmütter, die den Zuschuss in Anspruch nehmen möchten, müssen einen entsprechenden Antrag stellen und entsprechende Belege/ Nachweise vorlegen.

Aus Gründen der Gleichberechtigung können alle aktiven Unterföhringer Tagesmütter, die bereits das Zertifikat (Stufe 1) erworben haben und derzeit Unterföhringer Kinder betreuen, ebenfalls diesen einmaligen Zuschuss beantragen.

Für das Haushaltsjahr 2018 ist der Ansatz (1.200 €) der Haushaltstelle 46490.5620 (sonstige Kindertagesstätten/Fortbildungen) zu nutzen. Für die Folgejahre ist ein entsprechender Ansatz vorzusehen.

AZ 4232
Hauptamt

789 23 **Kinder- und Jugendfarm; Nutzungsänderung eines Teilbereiches der Lagerfläche zu einem Boulderbereich**

Dieser Tageordnungspunkt wurde zurückgestellt und daher nicht aufgerufen und nicht behandelt.

AZ 6024
Bauamt

23 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss**

AZ 0242
Bauamt

790 23 **Aufzugsanlagen an der Fichtenstraße 1-55; weitere Überlegungen zu den Außenanlagen, überdachte Fahrradständer und die Einhausung der Tiefgaragennotausgänge**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 13.09.2018, Nr. 773, in Erinnerung, mit welchem die Beschaffung von neuen Spielgeräten an der Fichtenstraße 1-55 bei den Hausnummern 1, 5, 35, 39 und 55 mit einer Angebotssumme von insgesamt 45.471,09 € brutto beschlossen sowie der überarbeiteten Planung der Ausführung der Tiefgaragennotausgänge, Stand 23.08.2018, mit einer filigraneren Stahl-Glaskonstruktion (Seitenwände offen) zugestimmt wurde.

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aus der Mitte des Gremiums in vorgenannter Sitzung wurden die zusätzlichen Überdachungen der Fahrradstellplätze (insgesamt 24) angeregt. Die ARGE Fichtenstraße, vertreten durch Herrn Butz, wurde mit Mail vom 14.09.2018 um entsprechenden Ausführungsvorschlag mit Kostenermittlung angefragt. Mit Datum vom 21.09.2018 teilte Herr Butz als Vertreter der ARGE telefonisch Grobkosten in Höhe von 10.000,- € netto, 11.900,- € brutto, durchschnittlich je Fahrradüberdachung, gezählt nach ARGE 25 Stück, somit insgesamt 297.500,- € brutto,

Darüber hinaus bringt der Erste Bürgermeister zu Kenntnis, dass die Anregung aus der Sitzung des Gemeinderates zur zusätzlichen Verglasung der Seitwände der Tiefgaragennotausgangsüberdachungen an die ARGE Fichtenstraße weitergegeben wurde. Mit Datum vom 21.09.2018 teilte Herr Butz als Vertreter der ARGE Grobkosten in Höhe von 15.000,- € netto, 17.850,00 € brutto, für die zusätzliche Verglasung der Seitenwände der zwei Tiefgaragennotausgänge analog der bisherigen Ausführung in Beton (3 Seiten geschlossen) mit. Das Angebot für vier Seiten liegt noch nicht vor und wird bis zur Sitzung des Gemeinderates ermittelt.

Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss regt in seiner Sitzung vom 25.09.2018 weiter an, den Wetterschutz bei den 28 Hauseingängen (Treppen) noch einmal aufzugreifen und die erforderlichen Kosten zu ermitteln. Sollte eine Zustimmung für die Realisierung des Wetterschutzes durch den Gemeinderat erfolgen, sind die dadurch entstehenden überplanmäßigen Ausgaben durch diesen zu genehmigen. Hier ist eine Entscheidungsvorlage an den Gemeinderat mit Kosten vorzubereiten.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Guist stellt gemäß § 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung einen Antrag auf getrennte Abstimmung. Hierbei soll über die zusätzlichen Überdachungen der Fahrradstände (1. Absatz der Beschlussempfehlung) getrennt abgestimmt werden.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Beschluss: 23:0

Nachdem der Antrag angenommen wird lässt der Vorsitzende zunächst über die zusätzlichen Überdachungen der Fahrradstände abstimmen.

Beschluss: 14:9

Das Gremium folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs und Grundstücksausschusses vom 25.09.2018 und spricht sich dem Grunde nach für die zusätzlichen Überdachungen der Fahrradstände an der Fichtenstraße 1-55 aus. Die Verwaltung wird beauftragt, eine wirtschaftlichere Lösung vorzuschlagen und umzusetzen. Die erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel werden genehmigt und sind unter der Haushaltsstelle 88160.9420 zu verbuchen.

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Als nächstes lässt der Vorsitzende über den zweiten Teil der Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss: 23 : 0

Weiter spricht sich das Gremium für eine Vorrüstung für die zusätzlichen Seitenwände der zwei Tiefgaragennotausgänge in Glas an allen vier Seiten dem Grunde nach aus. Die zusätzlichen Kosten sind zu ermitteln und vorzulegen.

Der Anregung aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss vom 25.09.2018 eine Überdachung als Wetterschutz an den 28 Hauseingängen (Treppen) zu realisieren wird zugestimmt. Die dabei entstehenden Mehrkosten sind zu ermitteln und vorzulegen. Die Mehrkosten sind unter der Haushaltsstelle 88160.9420 in den Haushalt einzustellen und zu verbuchen.

AZ 621
Bauamt

791 23 **Gemeindeeigenes Objekt an der Dieselstraße 3; Brandschutzrechtliche Auflagen im Rahmen der Nutzungsänderung**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschlüsse des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 03.07.2018, Nr. G307, in Erinnerung, mit welchem das Gremium der Aufgabe der nutzeigenen Trafostation an der Dieselstraße 3 sowie zusätzlichen Kosten in Höhe von 101.388,00 € brutto zzgl. Baunebenkosten zugestimmt hat.

Mit Datum vom 13.11.2017 wurde für das gemeindeeigene Objekt an der Dieselstraße 3 Antrag auf Nutzungsänderung einer bestehenden Werkhalle in mehrere Nutzungseinheiten beantragt. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde weiter der Brandschutznachweis P17-227 vom 04.07.2018 durch Ingenieurbüro Konrad, 85305 Jetzendorf, erstellt. Der Brandschutznachweis wurde mit Baugenehmigung des Landratsamtes, Bescheid vom 02.08.2018, Nr. 4 der Hinweise, Bestandteil der Baugenehmigung. Gemäß Nr. 7 der Hinweise ist mit der Anzeige der Nutzungsaufnahme die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich des Brandschutzes zu bestätigen.

Zusätzlich weist der Erste Bürgermeister darauf hin, dass es mehrmals jährlich zur Vereisung der Dachrinnen und Abläufe und folglich einem Überstau mit Nässeintritt in die Halle kommt. Hierdurch entsteht mehrmals jährlich ein Nässeschaden an den Trockenbaueinbauten der vermieteten Einheiten. Durch das planende Ingenieurbüro ELDAPLAN wird der zusätzliche Einbau einer Dachrinnenheizung als Abhilfemaßnahme empfohlen.

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Kostenschätzung des Büro ELDAPLAN vom 20.09.2018 schließt mit einer Gesamtsumme für zusätzliche Maßnahmen in Höhe von 295.060,50 € brutto und beinhaltet folgende Maßnahmen:

- Installation einer Brandmeldeanlage im gesamten Gebäude die dem Schutzbereich der Kategorie 2 – Teilschutz – entspricht. Hierin enthalten sind folgende Arbeiten:
 - Montage, Anschluss und Inbetriebnahme der benötigten Komponenten
 - Verkabelung mit dem Ausbau des benötigten Kabelweges
 - Dokumentation der Anlage
 - Erstellung eines Fundaments für das Feuerwehrschränklager (FSD)
- Die erforderliche Verkabelung der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen einschließlich dem Ausbau des benötigten Kabelweges
- Installation einer Blitzschutzanlage gemäß DIN 62305. Hierin enthalten sind folgende Arbeiten:
 - Asphaltschnitt zum Einbringen des Bänderungsstahl
 - Verschließen der Asphaltschnitte
 - Schlagen von Tiefenerder
 - Messung der Erdungs- und Blitzschutzanlage
 - Dokumentation
 - Montage der Blitzableiter auf dem Dach
- Installation einer Rinnenheizung. Hierin enthalten sind folgende Arbeiten:
 - Verkabelung mit dem Ausbau des benötigten Kabelweges
 - Einweisung in die Anlage
 - Einbringung der Heizbänder in die vorhandenen Dachrinnen
 - Montage, Anschluss und Inbetriebnahme

Die Maßnahmen sollen an die bereits beauftragte Firma HISTA Elektro GmbH, 93073 Neutraubling, als zusätzliche Arbeiten per Nachtrag beauftragt und bis Ende des Jahres umgesetzt werden. Eine zusätzliche Ausschreibung findet nicht statt.

Für die Liegenschaft Dieselstraße 3 sind 500.000,- € an Baukosten-Sanierung unter der Haushaltsstelle 88410.9421 und 150.000,- € an Baunebenkosten – Hochbau unter der Haushaltsstelle 88410.9490 in den Haushalt 2018 eingestellt. Zum 24.09.2018 sind 226.510,75 € brutto unter der Haushaltsstelle 88410.9421 an Ausgaben verbucht. Die zusätzlich erforderlichen Maßnahmen gemäß Brandschutznachweis vom 04.07.2018 und Kostenschätzung des Ingenieurbüro ELDAPLAN, 85305 Jetzendorf, vom 20.09.2018, in Höhe von 295.060,50 € brutto, übersteigen den derzeitigen Haushaltsansatz um 122.959,25 € brutto und bedürfen gemäß GeschOGR 2014-2020 als überplanmäßige Ausgaben der Genehmigung durch den Gemeinderat.

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit Beschluss des Bau-, Verkehrs und Grundstücksausschusses vom 25.09.2018 wird dem Gemeinderat empfohlen, den weiteren erforderlichen Maßnahmen gemäß Kostenschätzung der Fachplanung ELDAPLAN, Gräfelfing, vom 20.09.2018, in Höhe von 295.060,50 € brutto zzgl. Planungs- und Fachbauleitungskosten, Kostengruppe 700, zuzustimmen und die zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von derzeit 122.959,25 € brutto zzgl. Baunebenkosten, Kostengruppe 700, zur Verfügung zu stellen.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium stimmt den weiteren erforderlichen Maßnahmen gemäß Kostenschätzung der Fachplanung ELDAPLAN, Gräfelfing, vom 20.09.2018, in Höhe von 295.060,50 € brutto zzgl. Planungs- und Fachbauleitungskosten, Kostengruppe 700, zu.

Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von derzeit 122.959,25 € brutto zzgl. Baunebenkosten, Kostengruppe 700, werden genehmigt.

Die Verwaltung wird zu allen erforderlichen Schritten für die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich des Brandschutzes ermächtigt.

Die Ausgaben sind unter den Haushaltsstellen 88410.9421 und 88410.9490 zu verbuchen.

AZ 9122
Bauamt

792 23 Bekanntgaben / Anfragen

AZ 024
Hauptamt

792 23 BEK 10/18 Rettungsrampe A99 (Sachstand)

Der Bürgermeister berichtet über das Abstimmungsgespräch am 18.9.2018 im Rathaus Unterföhring.

An diesem Gespräch nahmen folgende Personen teil

Herr 1. Bürgermeister Dr. Greulich Ismaning

Herr Hobmeier Gemeinde Ismaning

Herr Rinderer Staatliches Bauamt Freising

Herr Claus Autobahndirektion Südbayern

Frau Roth Autobahndirektion Südbayern

Herr 1. Bürgermeister Kimmelmeyer

Frau Bühring Gemeinde Unterföhring

Herr Kapfenberger Gemeinde Unterföhring

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Umsetzung der Maßnahmen zum Erhalt der Rampe ist in Kooperation und in Abstimmung mit der Gemeinde Ismaning sowie der Autobahndirektion Südbayern durchzuführen.

Es sind darüber hinaus zeitnahe Verhandlungen über eine Kostenbeteiligung mit der Gemeinde Ismaning, dem Landkreis sowie der Autobahndirektion Südbayern zu führen. (GR-Beschluss 17.5.2018 Nr. 739)

Seitens der Autobahndirektion Südbayern (ADSB) wurde mitgeteilt, dass eine direkte Kostenbeteiligung nicht erfolgen würde. Dennoch konnten bei den Auftragsvergaben für die freiwillige Lärmschutzwand der Gemeinde Unterföhring, niedrigere Ausschreibungsergebnisse erzielt werden, so dass hier Kosten im Rahmen der Kostenbeteiligung durch die Gemeinde Unterföhring abgefangen werden können.

Die Rettungsrampe liegt auf Ismaninger Flur und hier ist ein Grundstück der Gemeinde Ismaning erforderlich.

Hierzu wird sich die ADSB mit Uniper und hausintern (Vertragsanpassung/Ergänzung) abstimmen und wieder auf die Gemeinde n Unterföhring und Ismaning zukommen.

AZ 611
Bauamt

792

23 BEK 10/18 Filmrolle S-Bahnkreisel

Der Bürgermeister berichtet, dass zur Umsetzung der Filmrolle auf dem S-Bahnkreisel eine Genehmigung der Deutschen Bahn noch aussteht. Für die Klärung bzgl. Sparten, Statik, Beweissicherung findet Ende Oktober 2018 eine Spartenbesprechung mit Teilnehmern der Deutschen Bahn und weiteren Spartenträgern statt.

Im Dezember 2017 fand eine Spartenbesprechung mit den Stadtwerken München statt. Die Plankosten für die evtl. Umlegung von Wasser und Gas durch die Stadtwerke München betragen ca. 110.000,00 € brutto. Weitere Kosten für Spartenumlegungen etc. werden noch ermittelt.

AZ 611
Bauamt

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

792

23 **BEK 10/18; Feuerwehr Unterföhring - Verkauf alte Drehleiter**

Der Vorsitzende erinnert an die öffentliche Bekanntgabe in der Gemeinderatssitzung am 14.06.2018.

Durch die erfolgte Ersatzbeschaffung des Drehleiterfahrzeuges für die Feuerwehr Unterföhring ist das bisherige Fahrzeug (Mercedes Benz 1422 DLK 23/12 Baujahr 1993) auszumustern und zu veräußern.

Durch den TÜV-Süd wurde daher ein entsprechendes Wertgutachten erstellt. Mit Schreiben vom 01.07.2018 wurde der Zustand sowie der ermittelte Restwert (Wiederbeschaffungswert) mitgeteilt. Der Restwert der auszumusternden Drehleiter (Mercedes Benz 1422 DLK 23/12 Baujahr 1993) liegt bei 15.500,00 €.

Zunächst wurde der interkommunale Weiterverkauf des Fahrzeuges -analog des Kommandowagens (Käufer Gde. Baierbrunn)- angestrebt. Seitens der Verwaltung wurden daher die Kreisbrandinspektionen der Landkreise Freising, Starnberg, Ebersberg, Erding und München über die Verkaufsabsicht des Fahrzeuges informiert.

Aus diesen Landkreisen wurde jedoch kein Kaufinteresse der jeweiligen Feuerwehren bzw. Gemeinden bekundet.

Im weiteren Schritt wurden durch die Verwaltung insgesamt acht gewerbliche Anbieter bzw. Händler von gebrauchten Feuerwehrfahrzeugen über die Verkaufsabsicht des Fahrzeuges informiert.

Hierbei sind insgesamt zwei Angebote bei der Gemeinde eingereicht worden:

- | | | |
|----|------------------------------|-------------|
| 1. | Fa. Lohr, Ichenhausen | 10.860,00 € |
| 2. | Fa. Spoerer, St. Andreasberg | 15.500,00 € |

Da das Angebot der Fa. Spoerer den durch das Wertgutachten ermittelten Restwert erreichte, wurde der Kaufvertrag über das auszumusternde Fahrzeug (Mercedes Benz 1422 DLK 23/12 Baujahr 1993) mit der Fa. Spoerer abgeschlossen. Am 23.08.2018 erfolgte die Fahrzeugübergabe.

AZ 091
Hauptamt

792

23 **BEK 10/18 Straßensanierung Ahornstraße, Umleitung ÖPNV über Blumenstraße**

Zurzeit beginnt die Straßensanierung in der Ahornstraße, von der Einmündung Münchner Straße bis Blumenstraße. Ab 15.10.2018 wird dieser Teilbereich voll gesperrt werden und der Verkehr über die Blumenstraße umgeleitet.

56. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2018

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Dadurch dass der ÖPNV (Linie 188) davon betroffen ist, musste in der Blumenstraße ein wechselseitiges Halteverbot angeordnet werden. Die Linie 188 fährt teilweise mit Gelenkbussen und könnte die Blumenstraße aufgrund der beengten Verhältnisse ansonsten nicht passieren.
Die Baumaßnahme wird voraussichtlich bis zum 9. November 2018 andauern.

Wegen der Errichtung der Aufzugsanlagen in der Fichtenstraße sind die Tiefgaragen zum Teil nicht befahrbar und die Bewohner müssten ihre Fahrzeuge im öffentlichen Raum abstellen. Die öffentlichen Parkflächen sind dadurch momentan komplett ausgelastet und durch den Wegfall der öffentlichen Parkflächen in der Blumenstraße kann es zu vermehrten Beschwerden der Anwohner kommen.

AZ 6312
Bauamt

792

23 Anfragen aus dem Gremium

- Das Gemeinderatsmitglied Herr Axenbeck erkundigt sich nach dem Sitzungsbeginn für die Gemeinderatssitzung am 15.10.2018.

Es wird darüber informiert, dass die nichtöffentliche Sitzung um 18:30 Uhr und die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr beginnt.

Nachdem aus dem Gremium keine weitere Anfrage gestellt wird schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21:50 Uhr und wünscht allen Mitgliedern und Gästen einen guten Heimweg und einen schönen Abend.

AZ 0241
Hauptamt



Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister



Lothar Kipp
Schriftführer